



Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend

# Chancen und Zusammenhalt für alle Generationen



**Weichenstellungen für  
Familien, Senioren, Frauen  
und Jugend in der 16. Legis-  
laturperiode**



## Inhalt

Chancen und Zusammenhalt für alle Generationen .....	3
I. Politik für Familien .....	4
Elterngeld .....	5
Die Väterbeteiligung beim Elterngeld steigt .....	6
Elterngeld findet breite Zustimmung in der Wirtschaft .....	7
Ausbau der Kinderbetreuung .....	8
Kinderzuschlag .....	10
Kindergeld .....	11
Erfolgsfaktor Familie .....	11
Mehr Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Alleinerziehende .....	12
Lokale Bündnisse für Familie .....	12
II. Politik für ältere Menschen .....	14
Alter schafft Neues .....	14
Wirtschaftsfaktor Alter .....	14
Aktiv im Alter .....	14
Freiwilligendienste aller Generationen .....	15
Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser .....	15
Wohn- und Betreuungsvertragsgesetz .....	15
Verbesserung der Lebenssituation Contergangeschädigter .....	16
Pflege und Betreuungsqualität älterer Menschen verbessern – Vereinbarkeit fördern..	16
Demenz .....	17
III. Politik für Kinder und Jugendliche.....	18
Kinderschutz und Frühe Hilfen.....	18
Bekämpfung der Kinderpornografie.....	19
Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt und Ausbeutung .....	20
Jugend Chancen geben – Integration fördern .....	20
Programme für benachteiligte Jugendliche .....	20
Nationaler Integrationsplan .....	21
Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie .....	21
IV. Politik für Frauen und Männer.....	23
Perspektive Wiedereinstieg.....	23
Entgeltgleichheit.....	24
Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen.....	25
Neue Perspektiven für Jungen und Männer .....	25
V. Engagementpolitik.....	26
Initiative ZivilEngagement.....	26
Zivildienst .....	27
Zivildienst als Chance – Zivildienst als Lerndienst.....	27

## Chancen und Zusammenhalt für alle Generationen

### Weichenstellungen für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in der 16. Legislaturperiode

Im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend haben wir uns zu Beginn der 16. Legislaturperiode drei wesentliche Ziele gesetzt: Familie sollte wieder ein Erfolgsmodell in der Gesellschaft werden. Wir wollten den sozialen Zusammenhalt von Kindern, Jugendlichen, Familien und Generationen, Frauen und Männer sowie Senioren ausbauen und festigen und die Chancengerechtigkeit für alle fördern und zur Geltung bringen. Insbesondere Kinder, die auf der Schattenseite des Lebens geboren werden, sollten mehr Hilfe und Unterstützung erhalten. Denn gerade in jungen Jahren werden die entscheidenden Weichen für das spätere Leben gestellt.

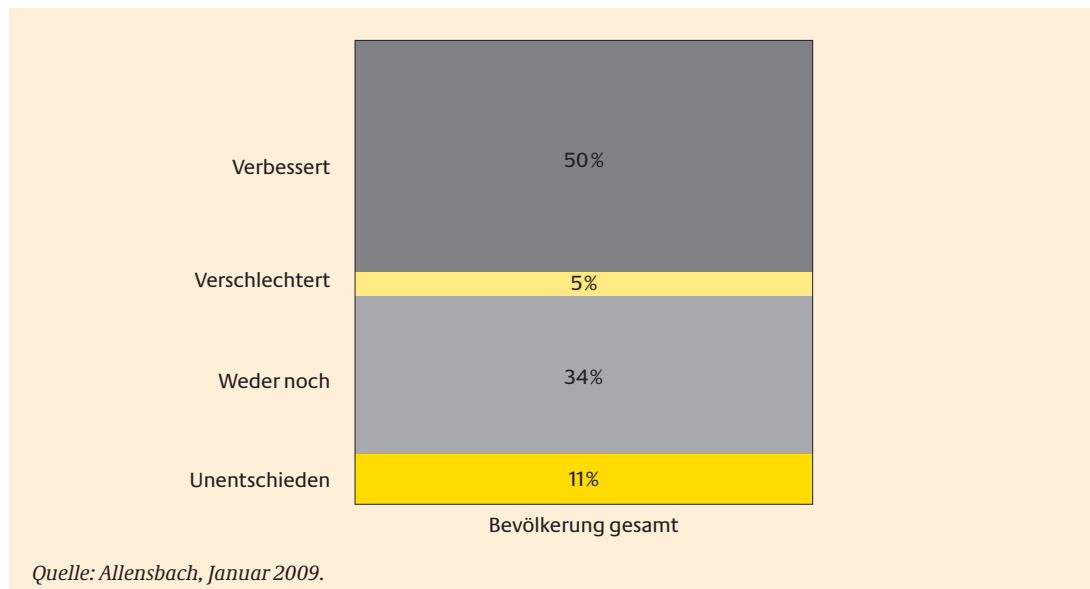
Diese Ziele haben wir erreicht, und damit Zukunft und gesellschaftliche Entwicklung – herausgefordert durch globalen Wettbewerb und demografischen Wandel – erfolgreich bewältigt und gestaltet. Es geht um Chancengerechtigkeit und um Zusammenhalt – für Familien, zwischen Alt und Jung, zwischen Männern und Frauen, zwischen verschiedenen Familienformen und Menschen verschiedener Herkunft.

# I.

## Politik für Familien

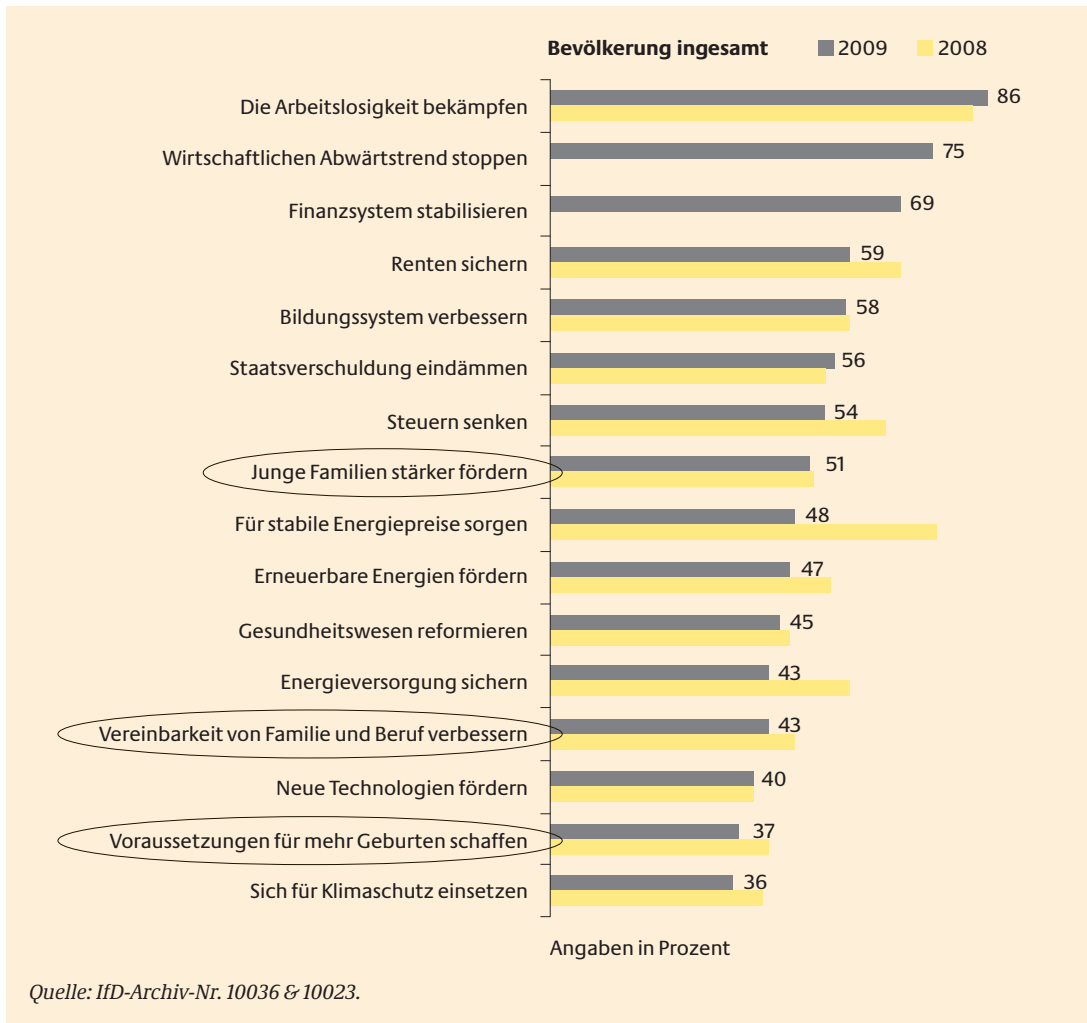
Familienpolitik hat in Deutschland in den Jahren 2005–2009 erheblich an Bedeutung gewonnen. Wir haben es geschafft, die Familienpolitik als eines der politischen Schwerpunktthemen zu besetzen und zu etablieren. In der 16. Legislaturperiode ist es uns gelungen, wichtige familienpolitische Vorhaben zu realisieren oder auf den Weg zu bringen.

### Hat die Familienpolitik die Bedingungen für Familien verbessert?



Die Familienpolitik der Bundesregierung hatte eine klare Botschaft: Wir brauchen passende Rahmenbedingungen, damit Familienleben in unserer Gesellschaft bestmöglich realisiert werden kann. Vom Wunsch nach dem ersten Kind bis zur Unterstützung im Alter erleben Familien zahlreiche Lebensphasen mit immer neuen Herausforderungen. Egal, ob Großfamilie oder alleinerziehend – gemeinsam ist allen ein großer Bedarf an Unterstützung vor allem in den Bereichen Zeit, Geld und Infrastruktur. Die Bundesregierung hat daran gearbeitet, mit einem Maßnahmenmix Familien wirksam zu unterstützen und zusammen mit zahlreichen Partnern für ein familienfreundliches Klima in Deutschland zu werben. Dies zahlt sich aus. Gerade in Zeiten der Wirtschaftskrise sind die Stabilisierung von Familieneinkommen, Armutsvermeidung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf noch stärker in den Fokus familienpolitischer Ziele gerückt.

## Wichtige Aufgaben für eine gute Zukunft in Deutschland – Familie hoch im Kurs

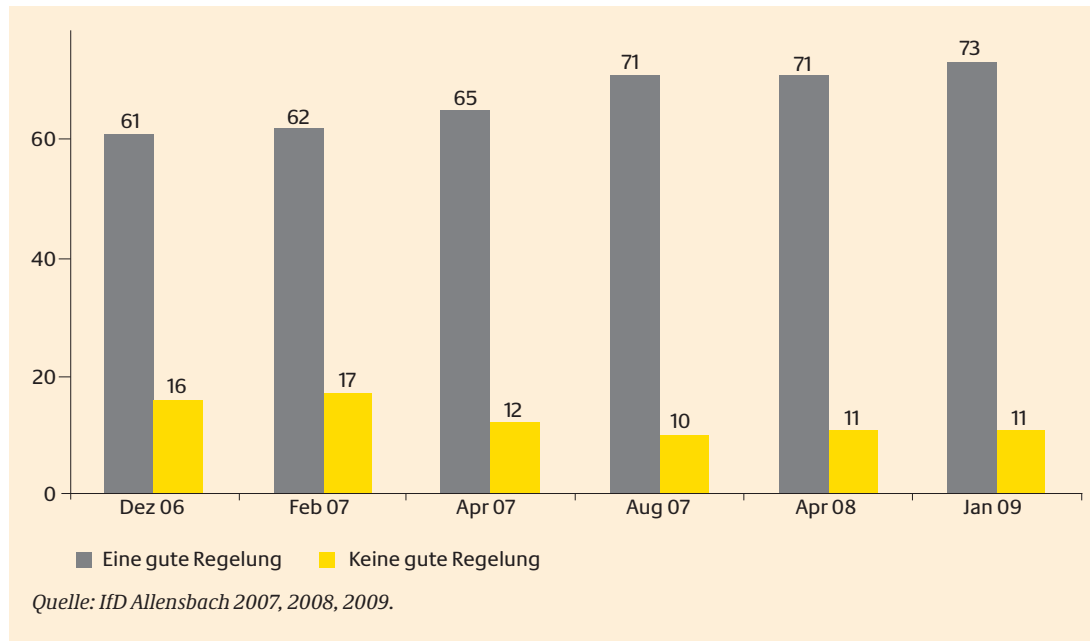


## Elterngeld

Ein Meilenstein war die Einführung des Elterngeldes. Das Elterngeld, das Anfang 2007 das vorherige Erziehungsgeld abgelöst hat, markierte einen Paradigmenwechsel und wurde zum Symbol der neuen Familienpolitik. Die Erwartungen waren hoch und haben sich erfüllt.

### Akzeptanz des Elterngeldes

(Fehlende Prozentangaben: „unentschieden“)

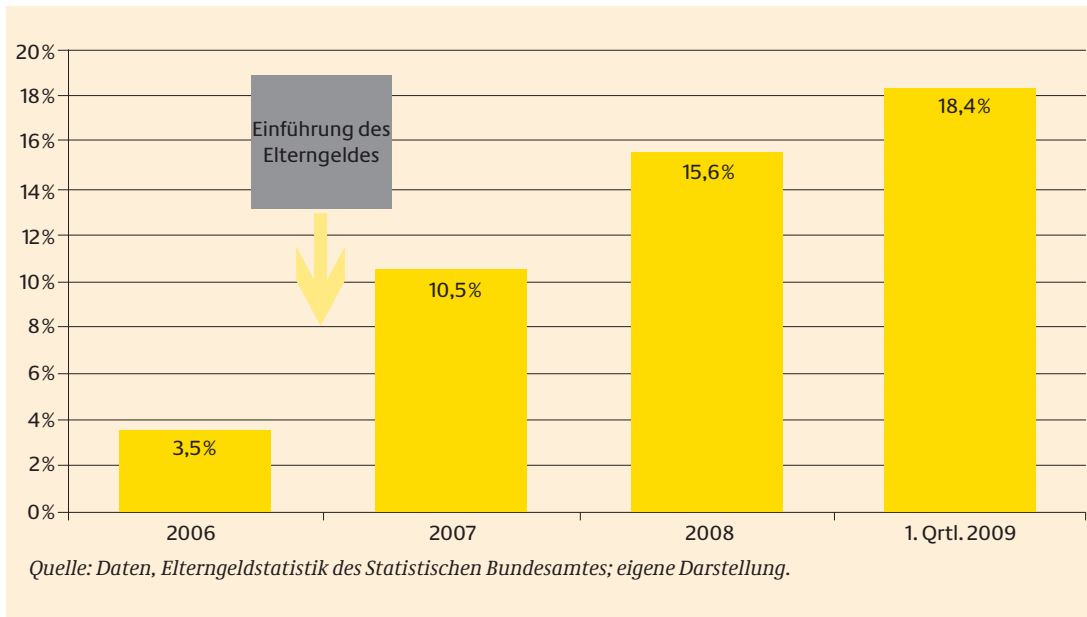


Wesentlich mehr Eltern (nahe 100 Prozent) als früher beim Erziehungsgeld beziehen heute das Elterngeld. Indem es das wegfallende Einkommen zu einem großen Teil ersetzt, hilft das Elterngeld, die finanzielle Achterbahn zu vermeiden, die bisher oft mit der Geburt eines Kindes verbunden war. Im Januar 2009 wurde das Bundeselterngeldgesetz erstmals gezielt verbessert. Um Eltern mehr Flexibilität zu bieten, kann die Bezugsdauer des Elterngeldes nun einmalig ohne Begründung geändert werden. Zudem erhalten Großeltern Anspruch auf Elternzeit, wenn ihre Kinder minderjährig sind oder während der Schulzeit oder Ausbildung ein Kind bekommen haben.

### Die Väterbeteiligung beim Elterngeld steigt

Die Partnerkomponente beim Elterngeld wirkt. Die Quote der Väter, die sich – unterstützt durch das Elterngeld – an der Betreuung des Neugeborenen beteiligen, ist kontinuierlich gestiegen von 10,5 Prozent in 2007 (bewilligte Anträge) über 15,6 Prozent im Jahr 2008 (beendete Leistungsbezüge) und beträgt nach der neuesten Statistik für das 1. Quartal 2009 18,4 Prozent. Im Vergleich zum Erziehungsgeld, das im letzten Quartal 2006 nur zu 3,5 Prozent von Vätern in Anspruch genommen wurde, zeigt sich der enorme Anstieg der Väterbeteiligung.

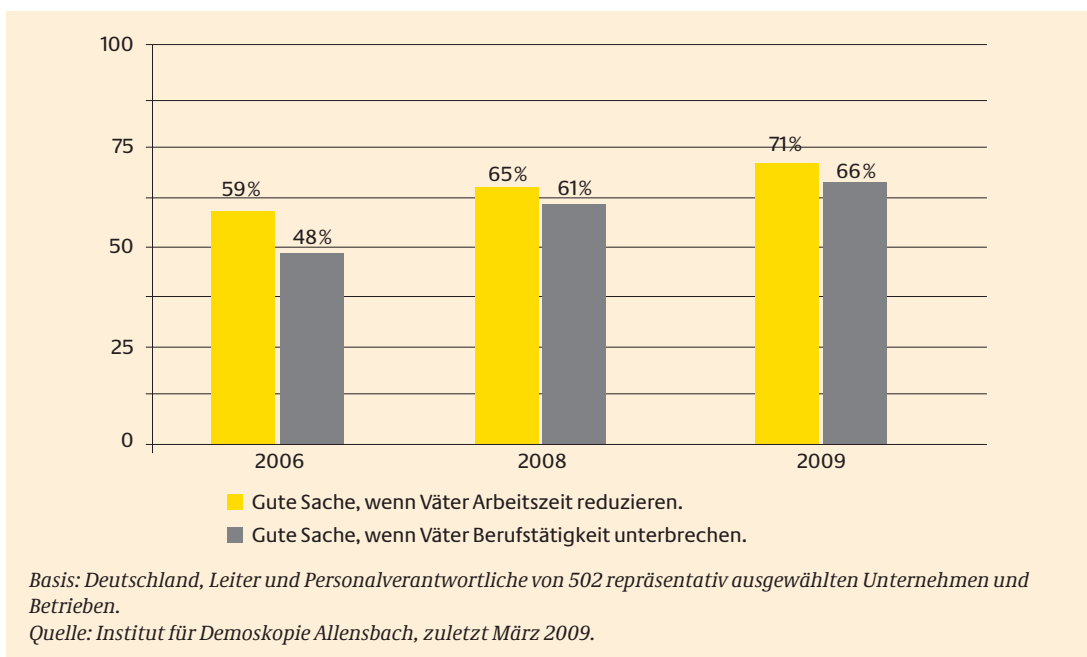
## Entwicklung der Väterquote seit 2007



## Elterngeld findet breite Zustimmung in der Wirtschaft

Auch in der Wirtschaft stößt das Elterngeld auf große Akzeptanz. Die Elternzeit von Vätern wird immer positiver beurteilt: Zwei Drittel der Unternehmensverantwortlichen halten es für eine gute Sache, wenn Väter sich ihren neugeborenen Kindern widmen und dafür mindestens zwei Monate lang ihre Berufstätigkeit unterbrechen oder ihre Arbeitszeit reduzieren. 66 Prozent der Unternehmensverantwortlichen befürworten die Unterbrechung der Berufstätigkeit durch Väter. 2006 waren es erst 48 Prozent, 2008 bereits 61 Prozent. 71 Prozent der Befragten bewerten heute die Verringerung der Arbeitszeit durch Väter positiv – gegenüber 65 Prozent im letzten Jahr und 59 Prozent im Jahr 2006.

## Bewertung der Väter-Auszeiten durch Unternehmens- und Personalverantwortliche

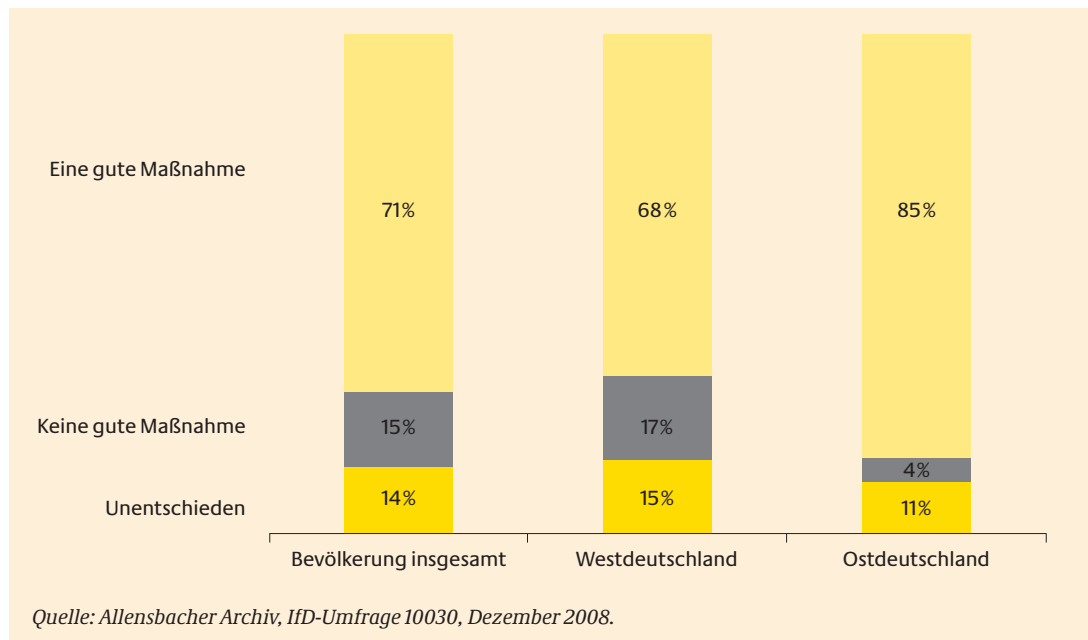


## Ausbau der Kinderbetreuung

Mit dem Kinderförderungsgesetz haben wir uns für mehr Vereinbarkeit von Familie und Beruf, für mehr Bildung für alle Kinder und für bessere Zukunftsperspektiven in Deutschland eingesetzt.

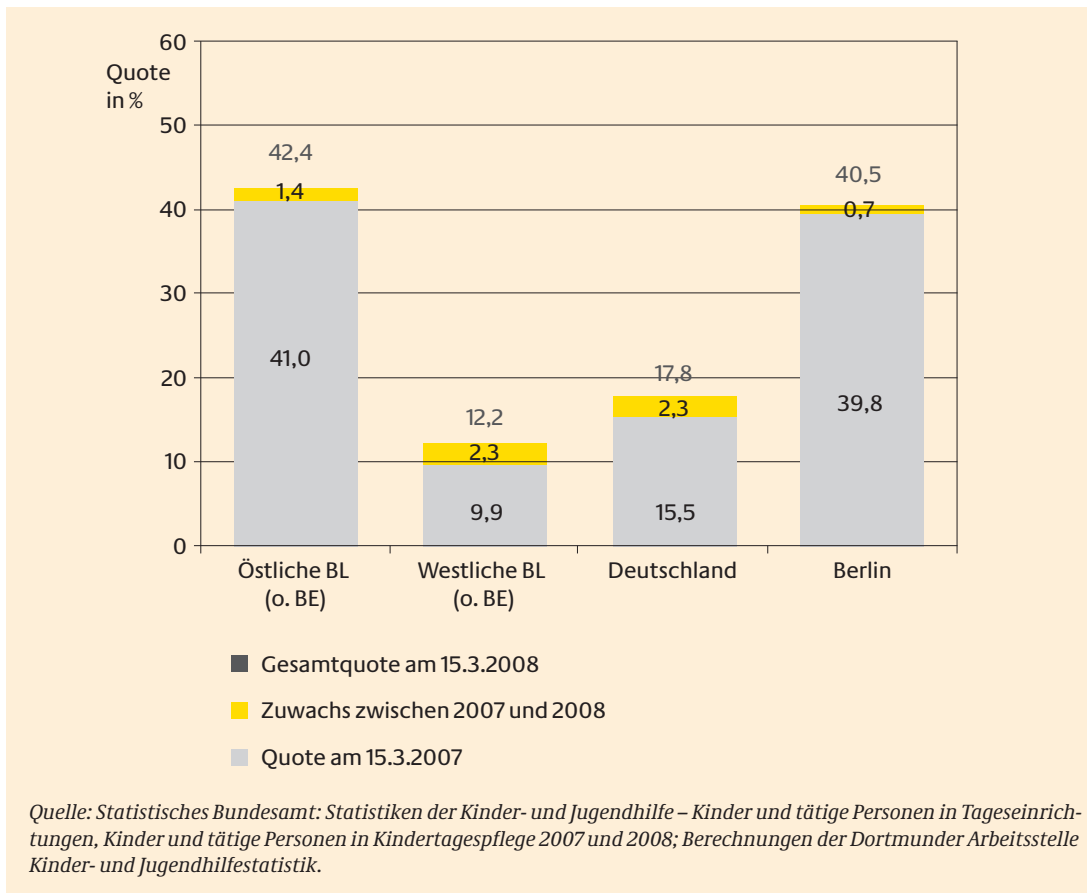
Das Gesetz trat im Dezember 2008 in Kraft und regelt vorrangig den Ausbau eines qualitativ hochwertigen Betreuungsangebots für Kinder unter drei Jahren. In einer ersten Stufe erweitert es die Kriterien, nach denen ein Betreuungsplatz zur Verfügung gestellt werden muss. Ab dem Jahr 2013 werden dann alle Kinder mit dem vollendeten ersten Lebensjahr einen Rechtsanspruch auf frühe Förderung in einer Kindertageseinrichtung oder in Kindertagespflege haben. Ab 2013 soll für diejenigen Eltern, die ihre Kinder von einem Jahr bis zu drei Jahren nicht in Einrichtungen betreuen lassen wollen oder können, eine monatliche Zahlung (zum Beispiel Betreuungsgeld) eingeführt werden.

### Anhaltend breite Zustimmung zum Ausbau der Kinderbetreuung



Im März 2008 haben rund 18 Prozent der Kinder im Alter von unter drei Jahren ein Angebot in einer Tageseinrichtung oder in der Kindertagespflege in Deutschland in Anspruch genommen. Im Vergleich zum Vorjahr ist das ein Zuwachs von 2,3 Prozentpunkten. Jedes achte Kind dieser Altersgruppe in den westlichen Bundesländern ist in Kindertagesbetreuung, in den östlichen Bundesländern sind es weiterhin mehr als zwei Fünftel.

**Abbildung: Quote der Inanspruchnahme von Kindern im Alter von unter drei Jahren in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege in Deutschland, West- und Ostdeutschland sowie Berlin 2007 und 2008 (Quote der Inanspruchnahme in %)**



Um im Jahr 2013 die mit Ländern und Kommunen vereinbarte bundesdurchschnittliche Quote der Inanspruchnahme von 35 Prozent zu erreichen, muss das gegenwärtige Betreuungsangebot in Tageseinrichtungen und in der Kindertagespflege noch deutlich, um rund 23 Prozentpunkte, gesteigert werden.

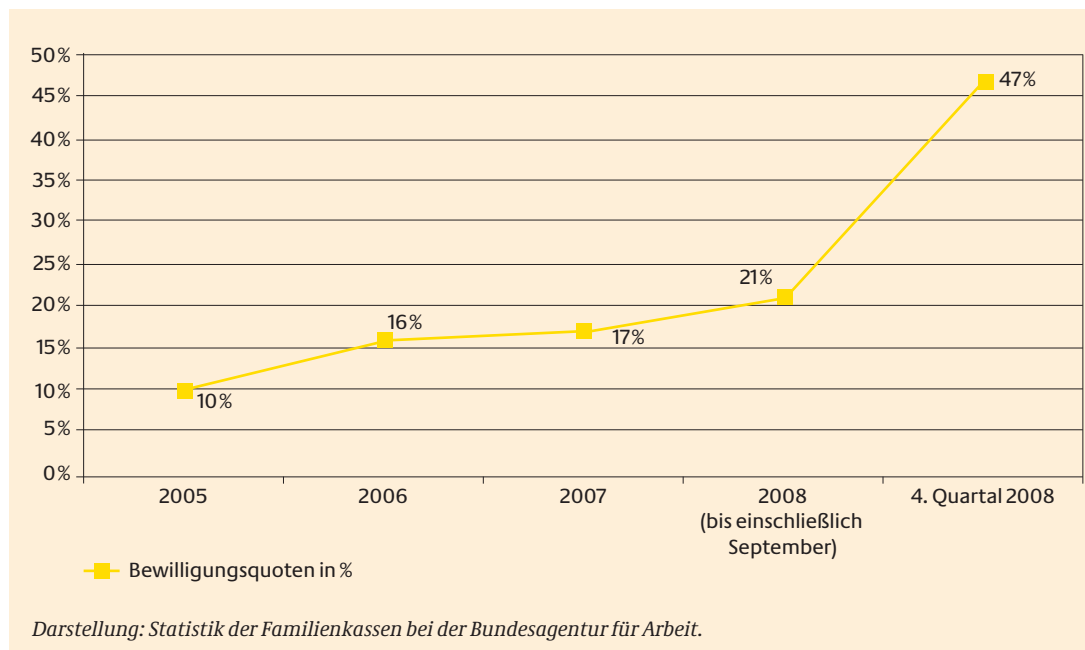
Die Bundesregierung hat die entscheidenden Voraussetzungen geschaffen, damit die fehlenden Kinderbetreuungsplätze zügig angeboten werden können: Wir beteiligen uns an den Kosten des Ausbaus der Kindertagesbetreuung zu einem Drittel, obwohl es sich um eine Pflichtaufgabe der Länder handelt. Insgesamt vier Milliarden Euro stehen bis 2013 für die erforderlichen zusätzlichen Betriebs- und Investitionskosten bereit. Anschließend ab 2014 werden vonseiten des Bundes dauerhaft jährlich 770 Millionen Euro für den laufenden Betrieb zur Verfügung gestellt.

Die Bundesregierung unterstützt durch das „Forum frühkindliche Bildung“ und das „Aktionsprogramm Kindertagespflege“ außerdem die Bemühungen der Länder, Kommunen und Träger, für mehr Qualität in Tageseinrichtungen und in der Kindertagespflege zu sorgen.

Abgerundet werden diese Maßnahmen durch den Investitionsschub, der vom **Zukunftsinvestitionsgesetz** zur kurzfristigen Belebung der Konjunktur ausgehen soll. Hierfür stehen in den Jahren 2009 und 2010 insgesamt zehn Milliarden Euro Bundesmittel zur Verfügung, zu denen Mittel von Ländern und Kommunen von mindestens 3,3 Milliarden Euro hinzukommen. Um die Nachhaltigkeit des Investitionsschubs zu sichern, liegt der Schwerpunkt der Investitionen mit 6,5 Milliarden Euro (Bund) auf dem Bereich der Bildungsinfrastruktur. Als Förderbereich ist dabei ausdrücklich die frühkindliche Infrastruktur benannt. Diese Finanzhilfen ergänzen wirksam die Beteiligung des Bundes an den bis 2013 anfallenden Investitionskosten für neue Betreuungsplätze.

## Kinderzuschlag

Um mehr Familien gezielt fördern zu können und Kinder vor Armut zu bewahren, wurde der Kinderzuschlag im Jahr 2008 weiterentwickelt. Eltern erhalten bis zu 140 Euro Kinderzuschlag, wenn sie einen erheblichen Beitrag zur Deckung ihres Lebensunterhalts leisten und mit dem Kinderzuschlag, dem Kindergeld und dem Wohngeld den Gesamtbedarf der Bedarfsgemeinschaft decken können. Einheitliche und deutlich niedrigere Grenzen für das Mindesteinkommen und die Reduzierung der Abschmelzrate (50 Prozent) bei zusätzlichem Einkommen sorgen nunmehr dafür, Familien im Niedrigeinkommensbereich spürbar zu entlasten. Mit einem neuen Wahlrecht kann auch die besondere Situation von Alleinerziehenden besser berücksichtigt werden – der Zugang zum Kinderzuschlag wird ihnen erleichtert. Auch die Entfristung des Kinderzuschlags trägt dazu bei, den Wirkungskreis deutlich zu erhöhen. Wir erreichen nunmehr 260.000 Kinder und mehr als 100.000 Familien. Das ist ein Zuwachs von mehr als 150 Prozent.



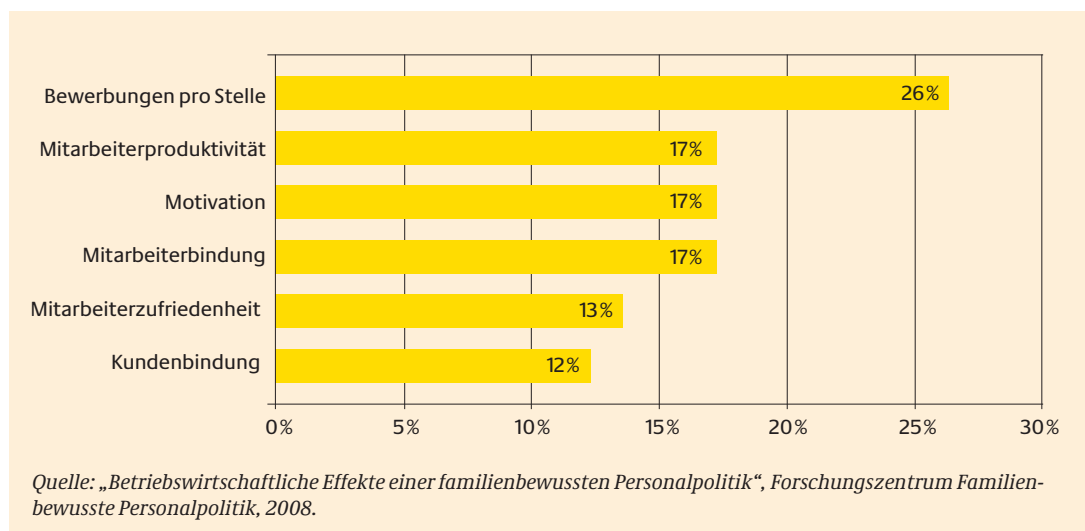
## Kindergeld

Seit Januar 2009 erhalten Familien mehr Kindergeld. Mit dem Familienleistungsgesetz ist eine Erhöhung um 10 Euro auf 164 Euro für das erste und zweite Kind sowie eine neue Staffelung und weitere Erhöhung ab dem dritten Kind festgelegt worden. Kinderreiche Familien bekommen danach für das dritte Kind 179 Euro und ab dem vierten Kind 195 Euro monatlich gezahlt. Mit der Erhöhung und verbesserten Staffelung des Kindergeldes ist neben dem Ausbau des Kinderzuschlags ein weiterer wichtiger Schritt zur Armutsprävention insbesondere von kinderreichen Familien gelungen.

## Erfolgsfaktor Familie

Und weil neben Einkommen und Infrastruktur auch Zeit für das Wohlergehen von Familien entscheidend ist, haben wir uns als weiteres Ziel gesetzt, eine familienbewusste Arbeitswelt zu schaffen und das Programm „Erfolgsfaktor Familie“ ins Leben gerufen. Das Anfang 2006 in enger strategischer Kooperation mit Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften gestartete Unternehmensprogramm „Erfolgsfaktor Familie“ hat zusammen mit dem gegründeten Unternehmensnetzwerk nachweislich dazu beigetragen, Familienfreundlichkeit als harten Standort- und Wettbewerbsfaktor für Unternehmen in West- und Ostdeutschland zu etablieren. Familienfreundliche Arbeitsbedingungen sind eine entscheidende Voraussetzung für eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Inzwischen gibt es eine Vielzahl von engagierten Unternehmen, die die Vorteile einer familienbewussten Personalpolitik erkannt haben und ihren Beschäftigten mit innovativen Konzepten die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern.

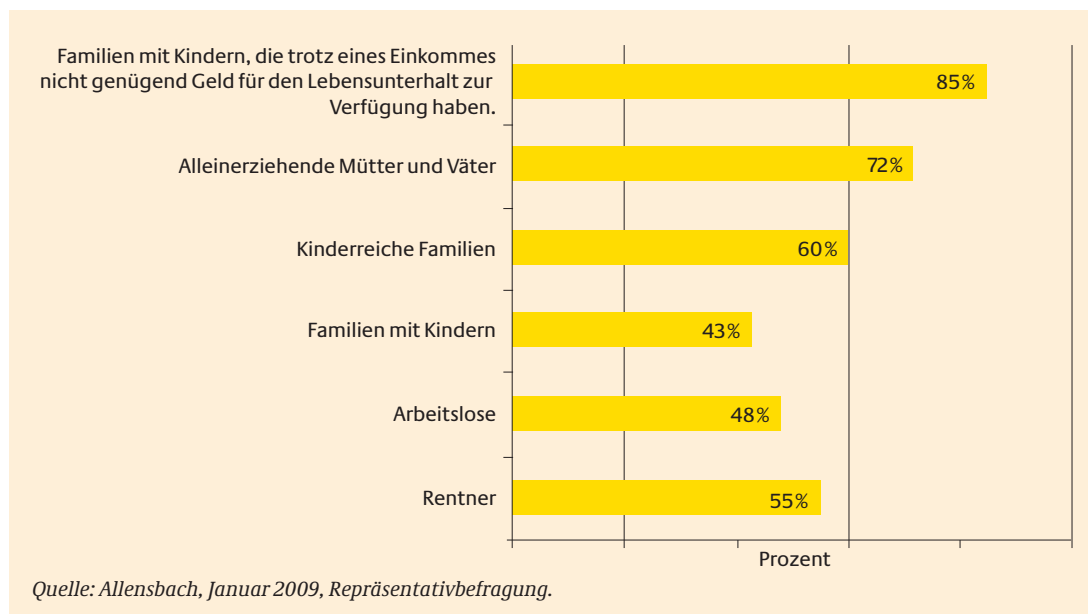
### Positive Effekte: Was Unternehmen mit Familienbewusstsein solchen ohne voraushaben



## Mehr Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Alleinerziehende

In der zu Ende gehenden Legislaturperiode haben wir neue Handlungskonzepte zur Unterstützung Alleinerziehender entwickelt. Alleinerziehende sind keine Randgruppe: Fast jede fünfte Familie in Deutschland ist alleinerziehend, über zwei Millionen minderjährige Kinder leben bei ihren alleinerziehenden Müttern oder Vätern. Obwohl der Wunsch alleinerziehender Eltern nach wirtschaftlicher Selbstständigkeit groß ist, reichen die vorhandenen Rahmenbedingungen häufig nicht aus, um Familie und Beruf miteinander vereinbaren zu können. Ein Anteil von 41 Prozent der Alleinerziehenden erhält Leistungen der Grundsicherung für Arbeit. Etwa 50 Prozent der Kinder unter 18 Jahren, die SGB-II-Leistungen erhalten, sind alleinerziehenden Bedarfsgemeinschaften zuzuordnen. In einer kooperativen Partnerschaft – Perspektive Alleinerziehende – haben wir und die Bundesagentur für Arbeit gemeinsam daran gearbeitet, Lösungen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu etablieren. Im Frühjahr 2009 haben zwölf von uns geförderte Pilotstandorte ihre Arbeit aufgenommen. Diese Projekte sollen vor allem Impulse für eine bundesweit verbesserte Integration von Alleinerziehenden in den Arbeitsmarkt geben und die Netzwerkarbeit verbessern.

### Diese Personengruppen sollte der Staat vor allem unterstützen:



## Lokale Bündnisse für Familie

Die Lokalen Bündnisse für Familie leisten einen wesentlichen Beitrag zu einer nachhaltigen Familienpolitik in Deutschland. Sie verbessern die familienfreundliche Infrastruktur in Städten und Gemeinden weiter und schaffen Zeit für Familien. An über 560 Standorten im gesamten Bundesgebiet gibt es Lokale Bündnisse für Familien – und immer neue kommen hinzu. Ein Servicebüro zur Unterstützung und Koordinierung der Standorte wird von der Bundesregierung und aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) finanziert. In den

Bündnissen engagieren sich Kommunen, Unternehmen, Kirchen, Kammern, Gewerkschaften, Verbände, Stiftungen, freie Träger der Kinder- und Jugendhilfe, Mehrgenerationenhäuser und viele andere vor Ort für Familien. Das Servicebüro berät die Bündnisse bei der Gründung, der Projektorganisation und der Öffentlichkeitsarbeit. Die bundesweite Initiative bietet mit Bündnisforen, Regionalworkshops und Kooperationspartnerbörsen eine Plattform für Vernetzung sowie für Informations- und Erfahrungsaustausch.

## II.

### Politik für ältere Menschen

Wir haben uns in den letzten vier Jahren intensiv mit einer der größten Herausforderungen, der sich Deutschland in den nächsten Jahrzehnten stellen muss, beschäftigt: dem demografischen Wandel. Bis zum Jahr 2030 wird – bei sinkender Gesamtbevölkerungszahl – jede dritte Bundesbürgerin und jeder dritte Bundesbürger älter als 60 Jahre sein. Eine alternde Gesellschaft birgt auch große Chancen, die gezielt genutzt werden müssen. Denn ältere Menschen sind heute so gesund, kompetent, wohlhabend und engagiert wie nie zuvor. Unsere Chance und Verpflichtung ist es, diese Potenziale zu nutzen – in der Wirtschaft und der Arbeitswelt, beim Wohnungsbau, im Bildungswesen und im bürgerschaftlichen Engagement.

#### Alter schafft Neues

Um unserer Gesellschaft ein neues Bild des Alters näherzubringen und deren Potenziale zu verdeutlichen, haben wir in den letzten vier Jahren zahlreiche Maßnahmen ergriffen. Unter der Dachmarke „Alter schafft Neues“ haben wir Programme ins Leben gerufen, die die Erfahrungen und das Wissen der Älteren stärker in die Gestaltung des kommunalen Lebensumfelds einbringen sollen.

#### Wirtschaftsfaktor Alter

Unter dem Stichwort „Wirtschaftsfaktor Alter“ bestärken wir Unternehmen, passgenaue Produkte und Dienstleistungen für ältere Menschen zu entwickeln. Die Lebensqualität älterer Menschen können wir durch bessere, nutzerfreundliche Produkte und Dienstleistungen erhöhen. Wir zeigen den Unternehmen mit unserem Programm die Potenziale des Marktes für generationengerechte Produkte und Dienstleistungen auf, geben Impulse für Innovationen, Wirtschaftswachstum und Beschäftigung und stärken damit ältere Menschen in ihrer Rolle als Verbraucherinnen und Verbraucher.

#### Aktiv im Alter

Mit unserem Programm „Aktiv im Alter“ haben wir begonnen, älteren Menschen vor Ort Möglichkeiten zu geben, aktiver an der Mitgestaltung ihres Alltags und direkt vor Ort mitzu-

wirken. In lokalen Bürgerforen und Projekten können ältere Menschen sich einbringen und für das Gemeinwesen aktiv werden. Seit Juni 2009 fördert das Programm bundesweit 150 Kommunen, deren Erfahrungsaustausch und weitere Vernetzung.

## Freiwilligendienste aller Generationen

Mit den „Freiwilligendiensten aller Generationen“ haben wir Programme entwickelt, die die Kommunikation sowie das Miteinander der Generationen fördern, den Aufbau einer Engagementkultur unterstützen und neuen Zielgruppen den Zugang zum freiwilligen Engagement eröffnen. Mit unseren im Januar 2009 gestarteten Leuchtturmprojekten haben wir den Freiwilligendienst mit besonderer Kreativität in mittlerweile 46 Gemeinden und Städten verankert. Qualifizierungs-, Vermittlungs- und Beratungsangebote ergänzen das Programm.

## Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser

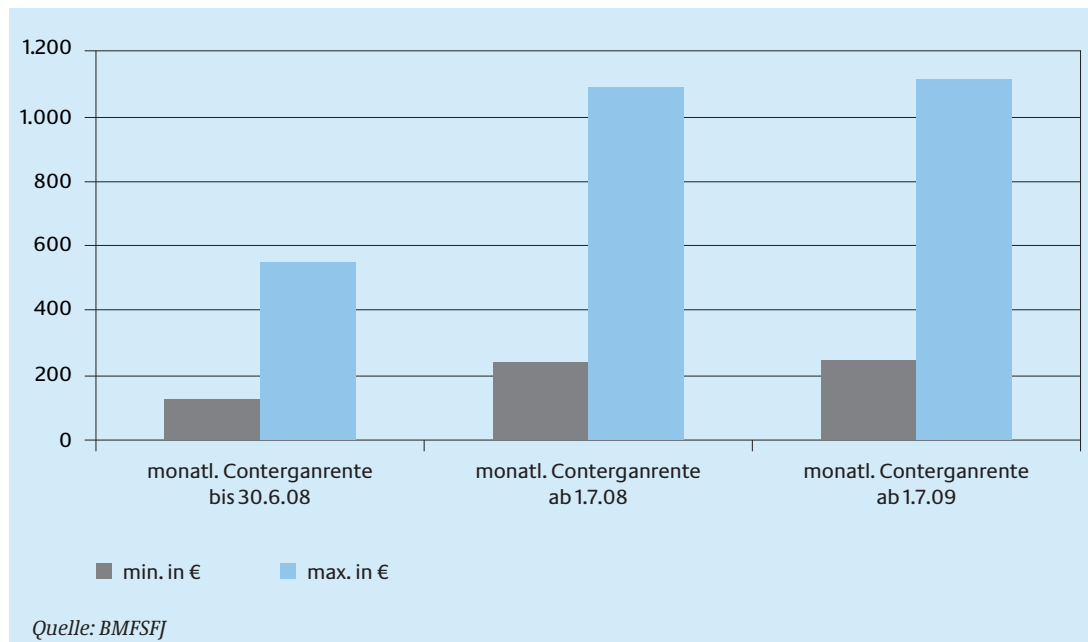
Mit dem „Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser“ haben wir in den letzten vier Jahren in fast jedem Landkreis und jeder kreisfreien Stadt eine neue Infrastruktur für Alt und Jung geschaffen. Die Mehrgenerationenhäuser laden zu Begegnungen zwischen den Generationen ein, bieten Dienstleistungen an und schaffen Gelegenheit zum freiwilligen Engagement. Wir haben mit 500 Mehrgenerationenhäusern aktive und aktivierende Dienstleistungszentren geschaffen, die täglich von 130.000 Menschen besucht werden. Mehrgenerationenhäuser geben älteren Menschen ein neues Betätigungsfeld, bieten praktische Hilfe bei der Alltagspflege, bei der Kinderbetreuung und unterstützen Eltern in der Erziehungsverantwortung. Sie kooperieren mit der Wirtschaft und binden Unternehmen in ihre Arbeit ein, mit dem Ziel, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern. Wir freuen uns, dass bereits in 90 von 500 Mehrgenerationenhäusern demenzspezifische Dienstleistungen bzw. Hilfen meist in Kooperation mit den regionalen Alzheimer Gesellschaften für betroffene Familien angeboten werden.

## Wohn- und Betreuungsvertragsgesetz

Die Bundesregierung hat mit dem im Februar 2009 im Kabinett verabschiedeten Wohn- und Betreuungsvertragsgesetz eine gesetzliche Neuregelung zur Stärkung des Verbraucherschutzes für ältere und pflegebedürftige Menschen auf den Weg gebracht. Das Gesetz schützt vor Benachteiligung bei Verträgen, die für die Überlassung von Wohnraum mit Pflege- oder Betreuungsleistungen geschlossen werden. Es sichert damit nicht nur den Verbraucherschutz für die Bewohnerinnen und Bewohner von Pflegeeinrichtungen, sondern stärkt auch den Schutz für diejenigen, die sich für eine neue Wohn- und Betreuungsform entscheiden. So tragen wir dazu bei, dass die Menschen nach ihren individuellen Wünschen und Bedürfnissen leben können. Der Deutsche Bundestag hat das Gesetz im Mai 2009 beschlossen. Es wird am 1. Oktober 2009 in Kraft treten.

## Verbesserung der Lebenssituation Contergangeschädigter

Auf Grundlage des Ersten und Zweiten Änderungsgesetzes zum Conterganstiftungsgesetz wurden zum 1. Juli 2008 die Renten für die Contergangeschädigten verdoppelt. Seit 1. Juli 2009 sind die gesetzlichen Renten um 2,41 Prozent angestiegen. Sie liegen zwischen 248 und 1.116 Euro pro Monat. Zudem erhalten die Geschädigten über einen Zeitraum von 25 Jahren jährliche Sonderzahlungen – gestaffelt nach Schädigungsgrad – zwischen 460 und 3.680 Euro.



## Pflege und Betreuungsqualität älterer Menschen verbessern – Vereinbarkeit fördern

In der vergangenen Legislaturperiode haben wir uns intensiv mit der Verbesserung der Pflege- und Betreuungsqualität älterer Menschen beschäftigt. Die meisten älteren Menschen möchten auch im Fall von Hilfe- oder Pflegebedürftigkeit in der vertrauten Wohnumgebung bleiben. Wir haben deshalb Programme auf den Weg gebracht, in denen **innovative Wohnformen und Betreuungsangebote** entwickelt worden sind. Dazu zählen Vorhaben wie „Neues Wohnen – Beratung und Kooperation für mehr Lebensqualität im Alter“ und „Das intelligente Heim“ sowie neue Informationsangebote wie das onlinebasierte Kompetenznetzwerk Wohnen. Die Programme tragen dazu bei, die Lebenssituation älterer Menschen und von Menschen mit Behinderung nachhaltig zu fördern. Besondere Aufmerksamkeit haben wir zudem auf die Qualitätssicherung ambulant betreuter Wohngemeinschaften, vor allem für Menschen mit Demenz, gerichtet.

Einen hohen Stellenwert hat in diesem Zusammenhang auch die **Charta der Rechte hilfe- und pflegebedürftiger Menschen**. Durch vielfältige Aktivitäten konnten wir dazu beitragen, dass immer mehr Institutionen und Verbände in der Altenhilfe, aber auch Einzelperso-

nen die Verbreitung und Verankerung der Pflege-Charta unterstützen. Die steigende Zahl von Pflegeeinrichtungen, die ihre Qualität gezielt an der Charta misst, zeigt uns, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

Dies gilt auch für die eingeleiteten Initiativen zur Sicherung des Berufsnachwuchses in der **Altenpflege**. So hat die Bundesregierung die Ausbildungsförderung nach dem SGB III auf die Altenpflegeausbildung ausgedehnt. Wir haben durch neue Projekte dazu beigetragen, die Fachkraftausbildung attraktiver und moderner zu gestalten. Wichtig war uns, durch verschiedene Initiativen im „Servicenetzwerk Altenpflegeausbildung“ mehr Pflegeeinrichtungen zu gewinnen, Ausbildungsplätze zu schaffen und qualifiziert auszugestalten. Im Modellvorhaben „Pflegeausbildung in Bewegung“ wurden Erfolg versprechende Wege aufgezeigt, wie die Pflegeausbildungen zukünftig gemeinsam weiterentwickelt werden können. Nicht zuletzt haben wir mit der Fachkampagne „Berufsfeld: Moderne Altenpflege“ für die Fachkraftausbildung geworben und den beruflichen Anspruch sowie das neue berufliche Selbstverständnis von Altenpflegerinnen und Altenpflegern in die Gesellschaft getragen.

## Demenz

Wir haben uns in der zu Ende gehenden Legislaturperiode insbesondere auch mit der steigenden Zahl von Demenzerkrankungen (Altersverwirrung) auseinandergesetzt und darauf reagiert. In Deutschland gibt es heute rund 1,2 Millionen Menschen, die an Demenz erkrankt sind. Jedes Jahr erkranken weitere 250.000 Menschen. Diese Zahl wird weiter wachsen. Die Lebensqualität Demenzerkrankter und pflegender Angehöriger hängt in hohem Maße davon ab, dass das Verständnis für Menschen mit Demenz und das Wissen um die Krankheit und um Hilfemöglichkeiten erhöht werden. Das sind die Voraussetzungen, um einen selbstverständlichen Umgang mit dieser Erkrankung zu erreichen, um Vorurteile und Berührungssängste abzubauen.

Daher haben wir u. a. in kontinuierlicher Kooperation mit der Deutschen Alzheimer Gesellschaft Information, Beratung und Öffentlichkeitsarbeit weiter verbessert und den Aufbau eines Wissens- und Hilfenetzwerkes vorangetrieben, das z. B. Kooperationen zwischen regionalen Alzheimer Gesellschaften und den Mehrgenerationenhäusern (mindestens 50) vorsieht. Ergebnisse aus Forschungsprojekten wie H.I.L.DE (Heidelberger Institut zur Lebensqualität Demenzkranker) ermöglichen sowohl die gezielte Entlastung pflegender Angehöriger, insbesondere aber den Zugang zu Erleben und Emotionen Demenzerkrankter: Auch in fortgeschrittenen Krankheitsstadien verfügen sie über eine reiche Erlebnis- und Gefühlswelt, über die sie angesprochen werden können. Die Weiterentwicklung von H.I.L.DE in Kooperation mit dem MDS für den Einsatz in der Qualitätssicherung der Pflege hat inzwischen begonnen.

# III.

## Politik für Kinder und Jugendliche

Mit der Kinder- und Jugendpolitik haben wir in der 16. Legislaturperiode vor allem zwei Ziele verfolgt: Wir wollten Kinder und Jugendliche in ihrer Persönlichkeitsentwicklung stärken und sie vor Gefahren wirksam schützen. Kinder haben einen Anspruch darauf, unter besten Bedingungen aufzuwachsen. Die Kinder von heute werden als Erwachsene von morgen in einer älter werdenden Gesellschaft und in einer globalisierten Welt vor einer Fülle von neuen Herausforderungen stehen.

### Kinderschutz und Frühe Hilfen

Das Bundesfamilienministerium hat die Vorgaben aus dem Koalitionsvertrag und die Beschlüsse der Bundeskanzlerin und der Regierungschefs der Länder in 2007 und 2008 zum Aufbau Früher Hilfen hin zu einem aktiven Kinderschutz konsequent umgesetzt. Der Bund hat insbesondere durch

- das Aktionsprogramm „Frühe Hilfen für Eltern und Kinder und soziale Frühwarnsysteme“, die Einrichtung des „Nationalen Zentrums Frühe Hilfen“ und den 13. Kinder- und Jugendbericht,
- das Gesetz „Erleichterung familiengerichtlicher Maßnahmen bei Gefährdung des Kindeswohls“
- das Gesetz zur Reform des Verfahrens in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit und
- die Einführung einer neuen Kinderuntersuchung U7 a nach § 26 SGB V

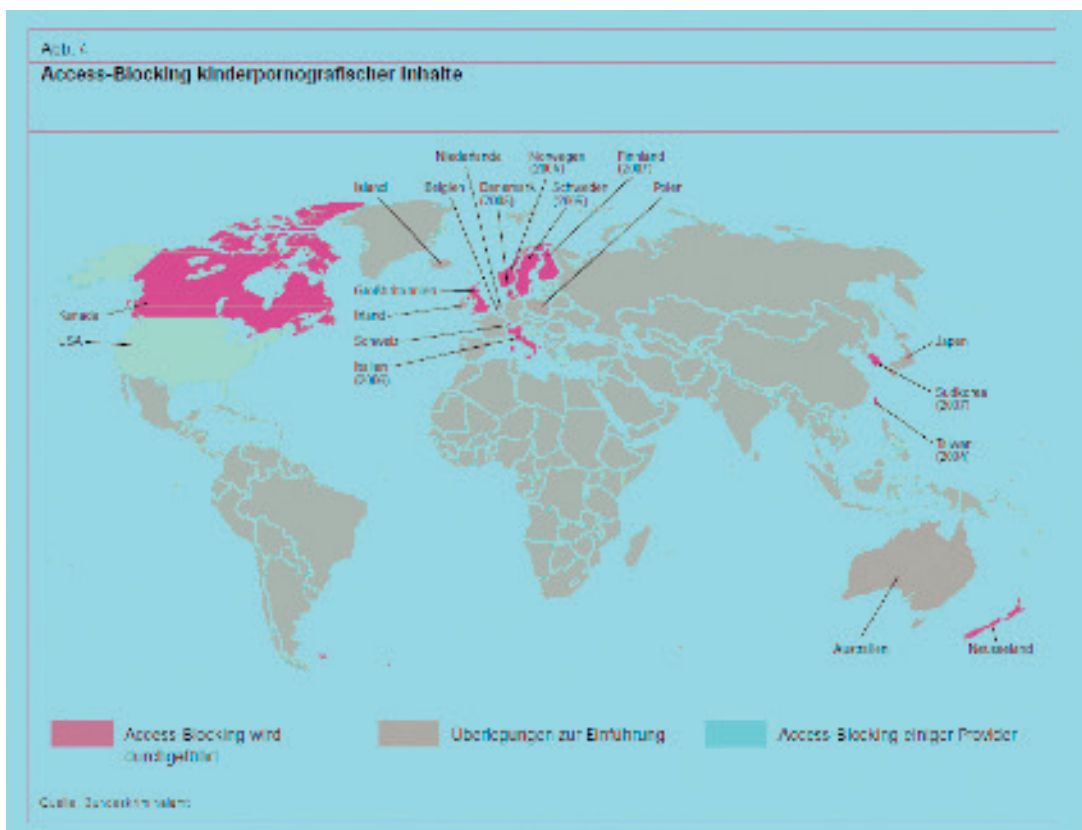
wichtige Schritte getan, um das Thema „Kinderschutz“ von der präventiven Seite her zu stärken, die Kooperation der Verantwortungsgemeinschaft von Kinder- und Jugendhilfe, Gesundheitswesen und Justiz zu verbessern und durch Projekte in allen Ländern Modelle vernetzter Strukturen und Früher Hilfen zu entwickeln und zu evaluieren.

Im gemeinsamen Beschluss der Konferenz der Regierungschefs der Länder und der Bundeskanzlerin vom 12. Juni 2008 wurden gesetzliche Regelungen sowie weitere Maßnahmen für einen verbesserten Kinderschutz vereinbart. Im Bereich gesetzlicher Regelungen hat die Bundesregierung auf Initiative des BMFSFJ den Entwurf für ein Gesetz zur Verbesserung des Kinderschutzes beschlossen und im Januar 2009 im Kabinett verabschiedet. Ergänzt wurde dieses Vorhaben durch den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bundeszentralregistergesetzes mit der Einführung eines sogenannten „erweiterten Führungszeugnisses“ für kinder- und jugendnah beschäftigte Personen, den das Bundesministerium der Justiz zeitgleich vorgelegt hat.

Um aus problematischen Kinderschutzverläufen zu lernen, hat das Nationale Zentrum Frühe Hilfen eine Plattform für einen systematischen Erfahrungsaustausch eingerichtet und in einem ersten Schritt das Forschungsprojekt „Aus Fehlern lernen – Qualitätsmanagement im Kinderschutz“ auf den Weg gebracht. Hier werden Kommunen konkret dabei unterstützt, ihre örtlichen Kinderschutzstrukturen zu analysieren und systematisch zu verbessern.

## Bekämpfung der Kinderpornografie

In Deutschland ist es außerdem gelungen, weitere Fortschritte im gemeinsamen Kampf zum Schutz vor sexueller Gewalt und Ausbeutung gegen Mädchen und Jungen zu erreichen. Auf unsere Initiative hin haben im April 2009 fünf große Internetprovider, die zusammen drei Viertel der Internetanschlüsse in Deutschland repräsentieren, einen Vertrag mit dem Bundeskriminalamt (BKA) zur Sperrung von Internetseiten mit kinderpornografischen Inhalten geschlossen. Des Weiteren beschloss der Deutsche Bundestag am 18. Juni 2009 das „Gesetz zur Bekämpfung der Kinderpornografie in Kommunikationsnetzen“. Das Gesetz ist neben der freiwilligen Vereinbarung mit der Wirtschaft ein zweiter notwendiger Schritt. Es erfasst nahezu 100 Prozent des Marktes. Nach Schätzungen können in Deutschland somit täglich 300.000 bis 450.000 Zugriffe wirksam geblockt werden.



## Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt und Ausbeutung

Wir haben die Voraussetzungen für die Fortschreibung des „Aktionsplans der Bundesregierung zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt und Ausbeutung“ von 2003 geschaffen. Im internationalen Kontext haben wir auf dem „Dritten Weltkongress zum Schutz vor sexueller Ausbeutung von Kindern und Heranwachsenden“ im November 2008 in Rio de Janeiro wichtige Anstöße für die zukünftige Gestaltung einer wirksamen Schutzpolitik für Kinder und Jugendliche gegeben. Als erstes Land hat Deutschland die nationale Umsetzung des Dritten Weltkongresses in Angriff genommen. Ende März 2009 haben wir Expertinnen und Experten aus ganz Deutschland zu einer zweitägigen „Nationalen Konferenz zum Schutz vor sexueller Gewalt gegen Kinder und Jugendliche“ nach Berlin eingeladen. Ende Juni 2009 hat auf unsere Initiative und in unserer Verantwortung die europäische Rio-Nachfolgekonferenz stattgefunden, auf der konkrete Nachfolgemaßnahmen auf europäischer Ebene entwickelt werden konnten.

## Jugend Chancen geben – Integration fördern

Gleiche Chancen für alle Kinder und Jugendlichen in unserem Land sind die Grundlagen einer zukunftsorientierten Kinder- und Jugendpolitik. Benachteiligte Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen Familien sind keineswegs weniger begabt als der Durchschnitt der Gleichaltrigen. Wir haben diese jungen Menschen in den vergangenen Jahren mit zahlreichen Initiativen, Diensten und Programmen unterstützt. Denn ein Schulabschluss und eine berufliche Ausbildung sind ein wichtiger Baustein für die soziale Integration junger Menschen und beeinflussen zunehmend ihre Chancen auf einen Ausbildungs- und Arbeitsplatz. Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen Familien benötigen häufig eine gezielte Förderung und Begleitung und auf ihre individuelle Lebenssituation zugeschnittene Angebote.

## Programme für benachteiligte Jugendliche

Wir konnten erfolgreiche Programme für benachteiligte Jugendliche und junge Menschen mit Migrationshintergrund entwickeln und in der Initiative „JUGEND STÄRKEN“ bündeln.

Mit rd. 200 Projekten „Schulverweigerung – Die 2. Chance“ soll die Integration von schulverweigernden Jugendlichen gefördert und dadurch eine Erhöhung ihrer Chancen auf einen Schulabschluss erreicht werden.

Weiterhin wollen wir mit den rd. 200 „Kompetenzagenturen“ junge Menschen auf ihrem Weg in Beruf und Gesellschaft unterstützen, die vom bestehenden System der Hilfeangebote für den Übergang von der Schule in den Beruf nicht (mehr) erreicht werden.

In 264 Fördergebieten in 213 Kommunen und Landkreisen haben wir das Programm „STÄRKEN vor Ort“ (Lokales Kapital für soziale Zwecke) gestartet, mit dem wir die soziale, schulische und berufliche Integration von jungen Menschen und von Frauen beim Einstieg und Wiedereinstieg in das Erwerbsleben verbessern wollen.

Die drei Programme werden in den Jahren 2008–2011 mit Mitteln in Höhe von ca. 242 Millionen Euro aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) und mit ca. 157 Millionen Euro durch überwiegend kommunale Kofinanzierung unterstützt.

Außerdem unterstützen die rd. 400 „Jugendmigrationsdienste“ junge Menschen mit Migrationshintergrund bei der Verbesserung ihrer Integrationschancen. Die Jugendmigrationsdienste werden mit ca. 41 Millionen Euro pro Jahr aus dem Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP) gefördert.

## Nationaler Integrationsplan

Wir haben den Nationalen Integrationsplan der Bundesregierung von Juli 2007 aktiv unterstützt und umgesetzt und uns im Nationalen Integrationsplan mit 29 Maßnahmen verpflichtet, die Integration insgesamt zu verbessern. Mit unseren Kernthemen (frühkindliche Förderung, Integration in Schule, Ausbildung und Arbeitsmarkt, Stärkung der Potenziale von Frauen und Mädchen und Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements) beteiligen wir uns maßgeblich an der Umsetzung der Selbstverpflichtungen zum NIP.

## Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie

Im Januar 2007 haben wir mit unserem Programm „VIELFALT TUT GUT – Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ insbesondere junge Menschen, rechtsextremistisch gefährdete Jugendliche, Migrantinnen und Migranten sowie Eltern, Erzieherinnen und Erzieher und Lehrerinnen und Lehrer angesprochen, um deren Demokratieverständnis zu schärfen und Rechtsextremismus dauerhaft zu verhindern. Für das Programm werden jährlich 19 Millionen Euro Bundesmittel zur Verfügung gestellt. Schwerpunkte des Bundesprogramms sind die Entwicklung integrierter lokaler Strategien mittels lokaler Aktionspläne in kommunaler Verantwortung, die Entwicklung und Umsetzung themenbezogener modellhafter Maßnahmen und die Programmsteuerung, Evaluation, Öffentlichkeitsarbeit, Forschung sowie Einbindung bundesweiter und lokaler Bündnisse. Im Förderschwerpunkt „Entwicklung integrierter lokaler Strategien“ entwickeln 90 Gemeinden, Städte, Kreise und Zusammenschlüsse von Kommunen zusammen mit den zivilgesellschaftlichen Akteuren vor Ort einen lokalen Aktionsplan, der mit konkreten Maßnahmen und Entwicklungsschritten eine langfristige integrierte Strategie zur Demokratieentwicklung umsetzt und lokale Vernetzungen und Kommunikationsstrukturen fördert.

Am 1. Juli 2007 haben wir das Programm „kompetent. für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“ gestartet, mit dem Bund und Länder erstmals eine gemeinsame Förderstrategie im Kampf gegen Rechtsextremismus verfolgen. In allen 16 Ländern wurden landesweite Beratungsnetzwerke eingerichtet, aus denen in akut bedrohlichen Situationen mit rechtsextremem, fremdenfeindlichem oder antisemitischem Hintergrund mobile Beratungs- und Interventionsteams gebildet werden. Diese Teams leisten für Kommunen und Betroffene vor Ort fachkompetente schnelle und professionelle Beratungshilfe zur Bewältigung entsprechender Krisensituationen. Weitere Schwerpunkte des Programms, für das jährlich 5 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden, sind die modellhafte Entwicklung und Erprobung neuer Beratungsansätze, die Organisation eines steten Informations- und Erfahrungsaustausches, die Qualifizierung der Mitglieder der mobilen Interventionsteams sowie die Evaluation der Ergebnisse.

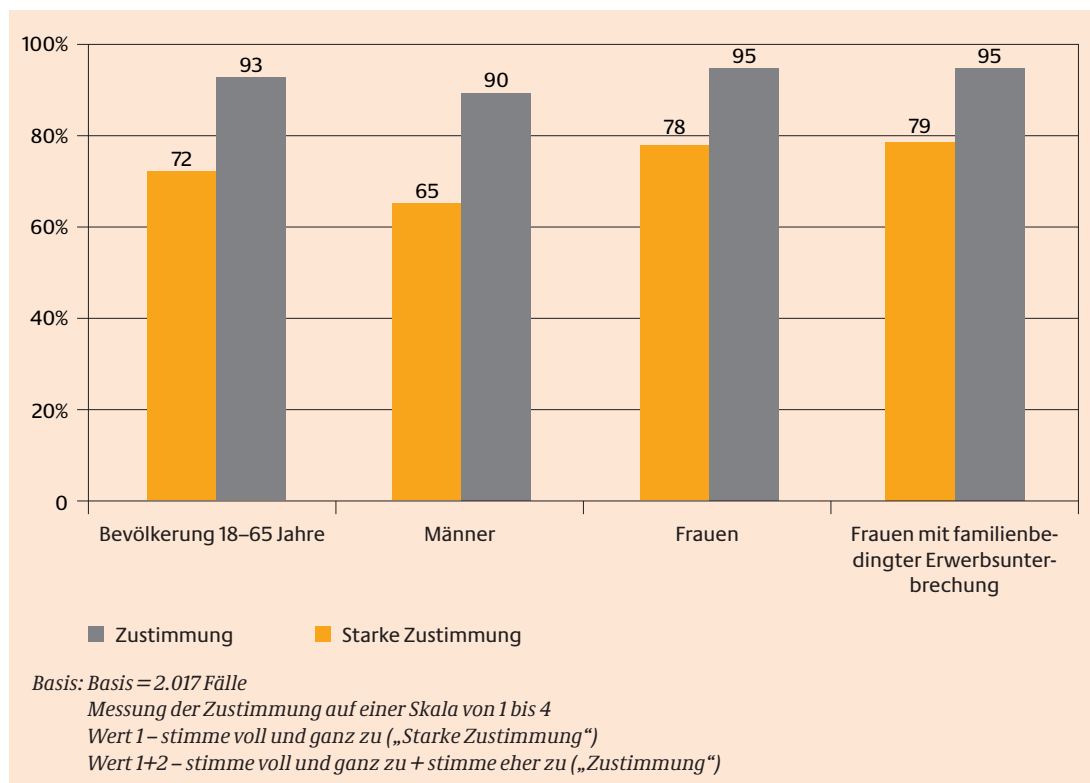
# IV.

## Politik für Frauen und Männer

Auch in der Gleichstellungspolitik sind wir auf dem besten Weg, bestehende Benachteiligungen in Arbeitswelt, Politik und Gesellschaft zu beseitigen. Unserem Ziel, der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern am Erwerbsleben, sind wir nähergekommen und werden diesen Weg konsequent fortführen.

### Perspektive Wiedereinstieg

**Es ist eine wichtige politische Aufgabe, den beruflichen Wiedereinstieg von Frauen zu erleichtern**



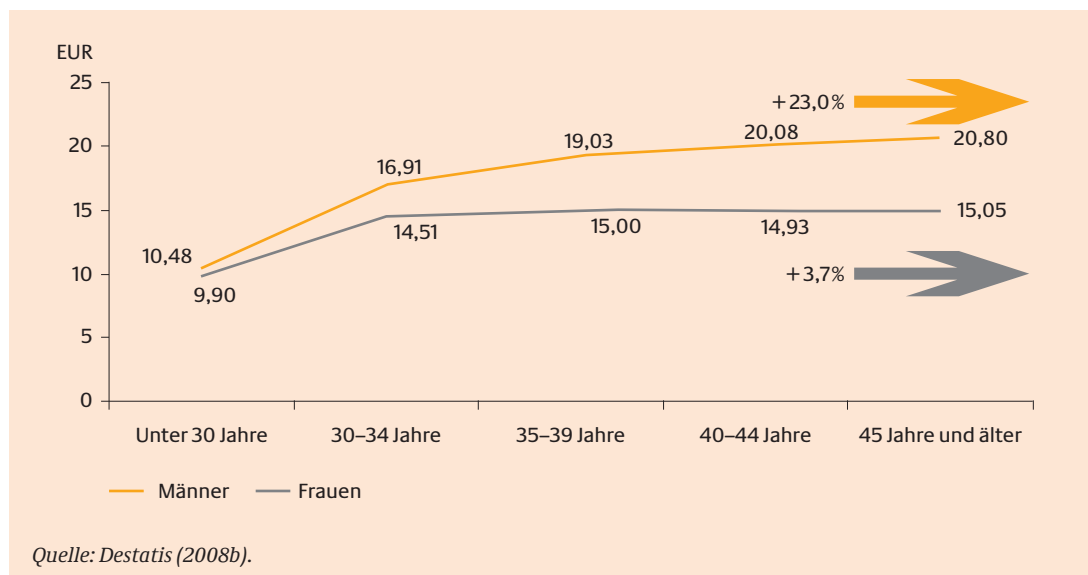
Um Frauen beim Wiedereinstieg in den Beruf zu unterstützen, haben wir das Aktionsprogramm „Perspektive Wiedereinstieg“ mit dem Kooperationspartner Bundesagentur für Arbeit ins Leben gerufen. Das Programm richtet sich an Frauen, die nach einer längeren familienbedingten Erwerbsunterbrechung in den Beruf zurückkehren wollen. Für den nicht

selten schwierigen beruflichen Wiedereinstieg gibt es vielfältige Unterstützung: Seit März 2009 gibt es ein spezielles Internetportal mit Lotsenfunktion. Damit verbindet sich gezielte Orientierung und die Vermittlung regionaler Beratungsangebote. Mit Mitteln i. H. v. 14 Millionen Euro aus dem Europäischen Sozialfonds fördern wir mit Unterstützung der Bundesagentur für Arbeit seit dem März 2009 an 20 Standorten die Integration von Wiedereinsteigerinnen. Auf lokaler Ebene bieten Mehrgenerationenhäuser, lokale Bündnisse für Familien, Träger des Programms „Stärken vor Ort“ und die „Infobörsen für Frauen“ Orientierung und Hilfe.

## Entgeltgleichheit

Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in allen Phasen ihres Lebensverlaufs zu unterstützen ist ein wichtiges Anliegen für die Gesellschaft. In Deutschland verdienen Frauen im Durchschnitt fast ein Viertel weniger als ihre männlichen Kollegen. Im Schnitt beträgt der Unterschied 23 Prozent. EU-weit liegt Deutschland damit im unteren Drittel. Ziel muss es zukünftig sein, dieses Missverhältnis zwischen Frauen und Männern langfristig zu überwinden.

### Bruttoverdienst von Frauen ab 30 Jahre



Wir haben mit der Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf bereits wichtige Ursachen der Entgeltungleichheit bekämpft und mit Forschungsprojekten, Tagungen und Projektförderung die Grundlage für ein strategisches Bündnis zur Bekämpfung des „Gender Pay Gap“ gelegt.

Als ein Instrument zur Verringerung der Lohnlücke bieten wir für Unternehmen Logib-D an. Dieser Selbsttest ermöglicht es Unternehmen zu prüfen, ob es deutliche Entgeltunterschiede zwischen Frauen und Männern gibt und was die Gründe dafür sind. Logib wurde für die Schweiz entwickelt und wurde jetzt für Deutschland in unserem Auftrag angepasst.

Das nationale Aktionsbündnis zur Entgeltgleichheit, das wir bis 2011 mit strategischen Partnern zur Überwindung der Entgeltungleichheit geschaffen haben, stellt ebenfalls einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung dar.

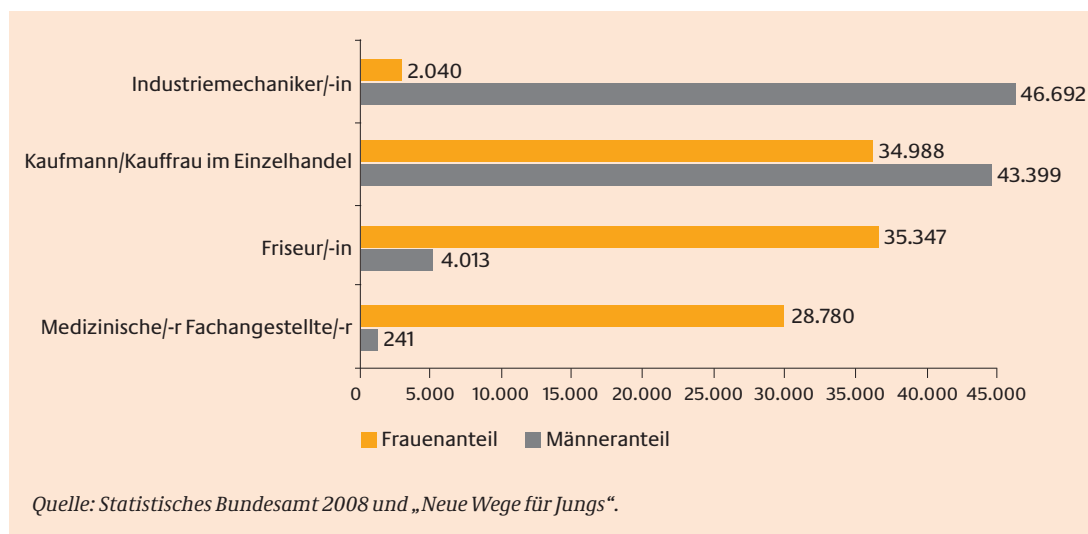
## Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen

Mit dem „Zweiten Aktionsplan zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen“ hat die Bundesregierung im September 2007 ein Gesamtkonzept beschlossen, das 130 Maßnahmen umfasst, die Frauen gezielt unterstützen. Der Aktionsplan II thematisiert alle Formen von Gewalt und setzt da an, wo nach dem ersten Aktionsplan besondere Handlungsnotwendigkeiten bestehen, wie bei der Berücksichtigung von Frauen mit Migrationshintergrund, Frauen mit Behinderungen oder im Bereich der medizinischen Versorgung. Ein weiterer Schwerpunkt ist, eine möglichst früh ansetzende Prävention zu verstärken und Maßnahmen des Kinder-, Jugend- und Frauenschutzes, beispielsweise im Bundesprogramm „Frühe Hilfen für Eltern und Kinder und soziale Frühwarnsysteme“, effektiv miteinander zu verbinden.

## Neue Perspektiven für Jungen und Männer

Wir haben es in den letzten Jahren geschafft, das Thema „Neue Perspektiven für Jungen und Männer“ in der Öffentlichkeit zu platzieren und damit auf die Veränderungen der traditionellen Rollenbilder aufmerksam zu machen. Männer wünschen sich zunehmend, auch Erzieher und nicht nur Ernährer ihrer Kinder zu sein. Wir haben mit unseren Maßnahmen daher die Perspektiven von Jungen und Männern in den Blick genommen, um gleiche Chancen, aber auch gleiche Verantwortung von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen herzustellen. Gleichzeitig wollten wir das Berufswahlspektrum für junge Männer erweitern.

### Ausbildungsberufe im Vergleich: junge Frauen – junge Männer Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge im Ausbildungsjahr 2007

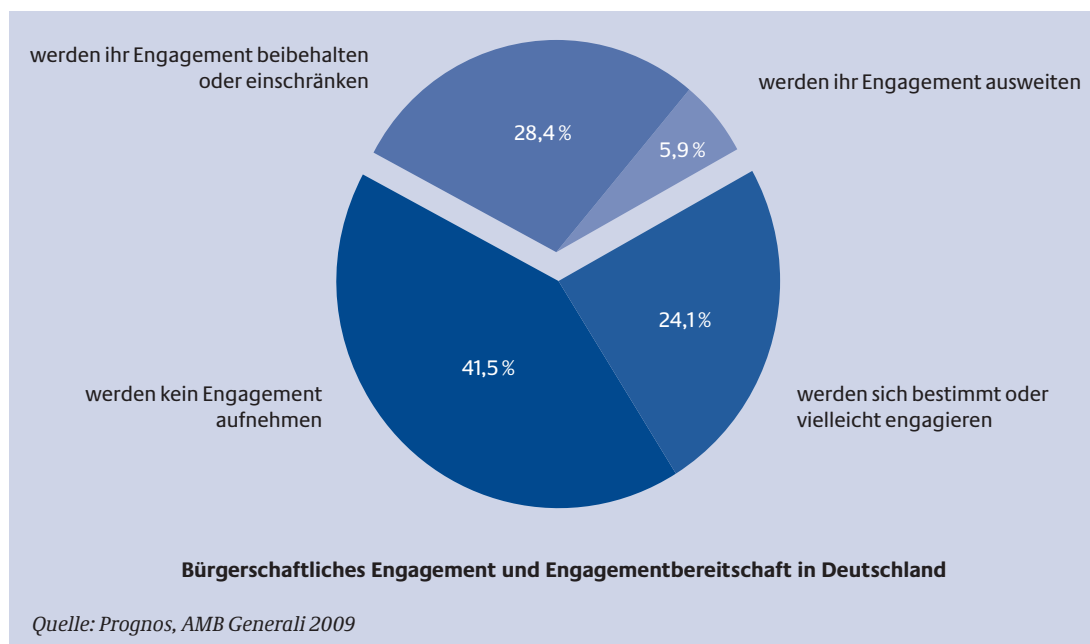


# V.

## Engagementpolitik

Über 23 Millionen Bürgerinnen und Bürger engagieren sich in Deutschland freiwillig und unentgeltlich für ihre Mitmenschen und übernehmen Verantwortung für das Gemeinwohl. Diese vielfältigen Investitionen in Engagement wollten wir nicht nur bewahren, sondern fördern, besser vernetzen, geeignete Rahmenbedingungen schaffen und vor allem denen zugänglich machen, die wir für bürgerschaftliches Engagement begeistern wollen.

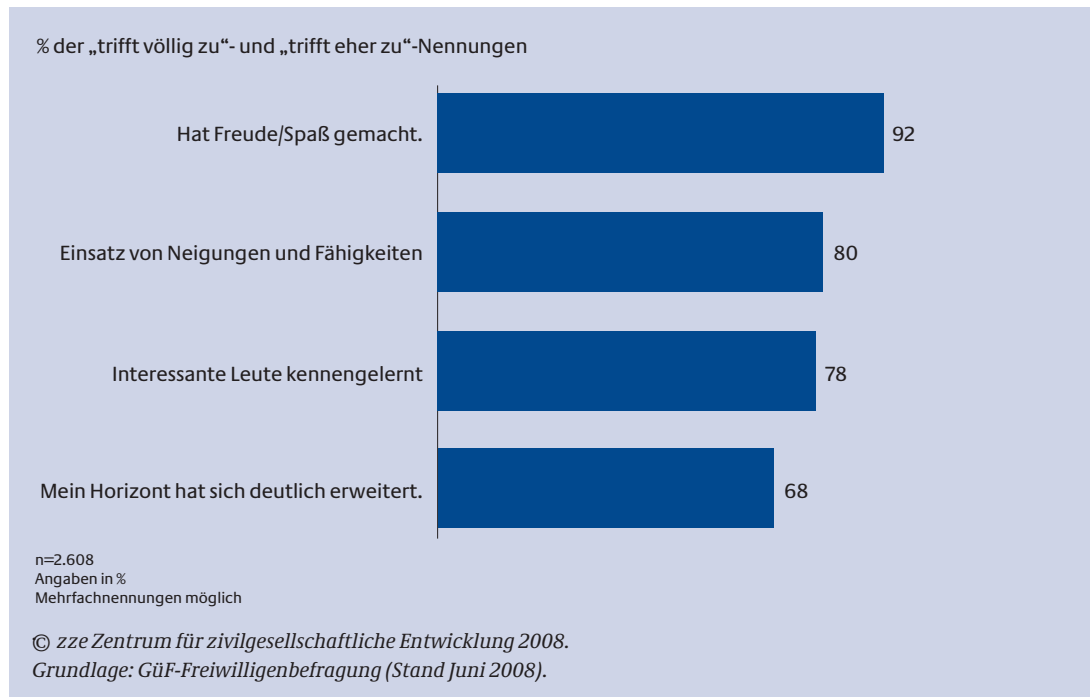
### Freiwilliges Engagement in Zahlen



### Initiative ZivilEngagement

Mit der Initiative ZivilEngagement „Miteinander – füreinander“ ist es uns gelungen, die Leistungen und Potenziale des freiwilligen Engagements stärker in den Blick der Öffentlichkeit zu rücken. Die Bundesregierung leistet mit der Initiative einen wichtigen Beitrag zur Anerkennung, Weiterentwicklung und Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und trägt zugleich zur Stärkung der Zivilgesellschaft bei. Schwerpunkte sind die flexible und breitere Ausgestaltung der Freiwilligendienste, die Schaffung guter Rahmenbedingungen und Strukturen, unter denen sich Eigeninitiative für die Gesellschaft entfalten kann, die verstärkte Einbeziehung von Menschen mit Migrationshintergrund, die Förderung des gesellschaftlichen Engagements von Unternehmen sowie die Stärkung der Idee der Bürgerstiftungen.

## Was hat der Freiwilligendienst gebracht?



Die Initiative ZivilEngagement ist ein wichtiger Schritt zu einer umfassenden und effektiven Engagementpolitik. Deshalb fördert das BMFSFJ das Nationale Forum für Engagement und Partizipation. Vom Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement eingerichtet, begleitet es den Diskurs über eine vom BMFSFJ initiierte abgestimmte nationale Engagementstrategie zwischen allen relevanten Akteuren in Staat, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft.

## Zivildienst

Der Zivildienst genießt in der Gesellschaft einen hohen Stellenwert und wird weiter an Bedeutung zunehmen. Das Engagement und der Dienst junger Menschen im sozialen Bereich dienen immer auch dem Zusammenhalt der Generationen als Fundament der Gesellschaft.

## Zivildienst als Chance – Zivildienst als Lerndienst

Wir haben mit den Programmen „Zivildienst als Chance“ und „Zivildienst als Lerndienst“ eine Trendwende in der öffentlichen Wahrnehmung des Zivildienstes erreicht. Durch eine von uns initiierte Änderung des Zivildienstgesetzes werden die jährlich mehr als 85.000 Zivildienstleistenden künftig verstärkt dabei unterstützt, ihre im Dienst erworbenen Qualifikationen gezielt einzusetzen und für den weiteren Lebensweg zu sichern. Ab dem Jahr 2010 erhalten sie ein qualifiziertes Dienstzeugnis, mit dessen Hilfe sie ihre Qualifikation und Leistung nachweisen können. Darüber hinaus wird die bisherige Struktur der dienstbegleitenden Lehrgänge flexibler gestaltet und um Seminare zum Erwerb persönlicher und sozialer Kompetenzen sowie die Möglichkeit der Reflexion des im Dienst Erlebten ergänzt. Der Zivildienst bietet so als Lerndienst die Chance zu einem gesicherten Erwerb wichtiger Schlüsselqualifikationen wie Verantwortungsbereitschaft, Kommunikations- und Teamfähigkeit, die auch im Beruf sowie in Familie und Partnerschaft nutzbringend sind.



Dieses PDF ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung;  
es wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

**Herausgeber:**

Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend  
11018 Berlin  
[www.bmfsfj.de](http://www.bmfsfj.de)

**Stand:** Juli 2009

**Gestaltung:** [www.avitamin.de](http://www.avitamin.de)

Für weitere Fragen nutzen Sie unser  
Servicetelefon: 0 18 01/90 70 50\*  
Fax: 0 30 18/5 55 44 00  
Montag–Donnerstag 9–18 Uhr  
E-Mail: [info@bmfsfj-service.bund.de](mailto:info@bmfsfj-service.bund.de)

\* nur Anrufe aus dem Festnetz,  
3,9 Cent pro angefangene Minute